



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 082-2025
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.255

Eingereicht am: 23.05.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Reinhard (Thun, FDP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Sicherheitsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Schutz vor Identitätsmissbrauch beim Aufenthaltsstatus und bei staatlichen Leistungen

Gemäss Medienberichten (u. a. Welt.de, 21. Mai 2025) soll der mutmassliche Attentäter von Bielefeld in Deutschland unter bis zu acht verschiedenen Identitäten aufgetreten sein – offenbar auch, um mehrfach staatliche Leistungen und aufenthaltsrechtliche Vorteile zu erlangen. Solche Fälle werfen grundsätzliche Fragen zur Sicherheit unserer Systeme auf – auch in der Schweiz und im Kanton Bern.

Ein funktionierender Staat ist darauf angewiesen, dass Identitäten korrekt erfasst, geprüft und gegen Missbrauch geschützt werden – nicht nur im Bereich der Sozialleistungen, sondern insbesondere auch beim Aufenthaltsstatus. Wer mit mehrfachen oder falschen Identitäten Verfahren durchläuft, gefährdet die Integrität des Rechtsstaats, die Sicherheit der Bevölkerung und das Vertrauen in unsere Institutionen. Der Kanton Bern ist gefordert, bestehende Schutzmechanismen zu überprüfen und allenfalls zu verbessern.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie stellt der Kanton Bern sicher, dass eine Person nicht unter mehreren Identitäten gleichzeitig staatliche Leistungen bezieht oder mehrfach aufenthaltsrechtliche Verfahren durchläuft (z. B. im Asylbereich)?
2. Welche Prozesse bestehen zur Überprüfung und Vermeidung von Mehrfachidentitäten, insbesondere bei Personen mit unklarem Herkunftsnachweis oder bei Erstanmeldung im Kanton Bern?
3. Wie sind die Zusammenarbeit und der Datenaustausch zwischen den zuständigen Stellen von Bund (insbesondere SEM), Kanton und Gemeinden organisiert, um parallele oder doppelte Identitäten zu erkennen?

4. Welche Rolle spielen dabei zentrale Register wie das Informationssystem ZEMIS oder andere kantonale/föderale Datenbanken? Gibt es automatische Abgleiche oder Warnsysteme?
5. Wie wird sichergestellt, dass Personen, die bereits in einem anderen Land registriert sind oder dort Leistungen beziehen, dies nicht gleichzeitig im Kanton Bern tun – etwa durch Abgleiche mit ausländischen Registern oder auf europäischer Ebene (z. B. Eurodac, Dublin-System)?
6. Gab es in den letzten fünf Jahren im Kanton Bern bekannte Fälle von mehrfachen Identitäten oder parallelen Aufenthaltsverfahren? Wenn ja, wie viele – und welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?
7. Welche rechtlichen und technischen Möglichkeiten sieht der Regierungsrat zur Verbesserung der Identitätsverifikation – etwa durch verstärkte Nutzung biometrischer Daten, digitaler Identitätssysteme oder internationaler Kooperationen?
8. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass eine sichere Identifikation und Verhinderung von Identitätsmissbrauch im Interesse der inneren Sicherheit, der Fairness gegenüber rechtmässigen Gesuchstellern sowie der Glaubwürdigkeit staatlicher Institutionen liegt?

Verteiler

– Grosser Rat